



Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

—

Fraktion AfD

Solidarität mit der Ukraine, Völkerrechtsbruch durch Russland verurteilen

Antrag Fraktionen CDU, DIE LINKE, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 8/793**

Der Landtag wolle beschließen:

Konflikt in der Ukraine sofort beenden!

- I. Der Landtag von Sachsen-Anhalt stellt fest:
 - Die Grundlage für den dauernden Bestand von Frieden in Europa ist der partnerschaftliche Dialog der europäischen Staaten auf Augenhöhe unter Anerkennung ihrer Bedürfnisse.
 - Das Ende der zunehmenden Ost-West-Konfrontation erfordert, dass alle Beteiligten zeitnah auf diplomatischem Weg eine Verständigung herbeiführen.
 - Die Entscheidung über die Zukunft und territoriale Verfassung der Staaten in Europa kann nur in Selbstbestimmung der Völker auf dem Wege von demokratischen Abstimmungen herbeigeführt werden.
 - Eine Einmischung in die inneren Belange souveräner Staaten und die Verhängung von einseitigen Sanktionen sind ungeeignet als Beitrag zur politischen Entspannung und Konfliktbewältigung.
- II. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, sich unter Beachtung dieser Grundsätze mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für eine Verhinderung der weiteren Eskalation in der Ukraine und für die Verwirklichung einer friedensschaffenden Politik einzusetzen.

Begründung

Die Situation in der Ukraine und die mit der Austragung eines bewaffneten Konflikts verbundenen Opfer verlangen sofortige politische Anstrengungen.

Erforderlich ist nun der entschlossene Einsatz der Politik für eine diplomatische Lösung, die die Beteiligten an den Verhandlungstisch zurückbringt und zu einem dauernden Frieden führt. Die Gespräche dazu müssen offen sein für die Bedürfnisse aller Beteiligten. Eine belastbare Sicherheitsarchitektur in Europa muss ihre wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen berücksichtigen.

Die Politik der Ausgrenzung und Geringschätzung der legitimen Interessen Russlands als europäische Großmacht war und ist ein grundlegender Fehler, der die Spannungen vermehrt hat und die Konfrontation in der Ukraine nicht verhindert hat.

Das Vortreiben der Osterweiterung der NATO mit Aufrüstung und Stationierung von NATO-Kampftruppen in den mittelosteuropäischen und baltischen Staaten hat das Verhältnis mit Russland belastet und zu einer zunehmenden Eskalation der geopolitischen Lage geführt.

Oliver Kirchner
Fraktionsvorsitzender